

KLARER WAHLSIEGER – UNKLARE AUSSICHTEN

EINE NACHBETRACHTUNG DER PARLAMENTSWAHLEN IN GROSSBRITANNIEN

Hans-Hartwig Blomeier

AUSGANGSLAGE

Am 7. Mai waren die Briten aufgerufen, ein neues Unterhaus (House of Commons) zu wählen. In allen 650 Wahlkreisen in England, Schottland, Wales und Nordirland wurden nach dem relativen Mehrheitswahlrecht jene Kandidaten gewählt, die die meisten Stimmen in ihrem Wahlkreis erzielen konnten (*first past the post*-Prinzip).

Das im Jahr 2010 gewählte Unterhaus wurde offiziell am 30. März aufgelöst und damit der Startschuss für den regulären Wahlkampf gegeben. Allerdings hatte dieser auf Grund des 2011 verabschiedeten *fixed term parliament act* und damit der langfristigen Vorhersehbarkeit des Wahltermins faktisch schon im Januar 2015 begonnen. Die Ausgangslage war so, dass die Conservatives mit David Cameron an der Spitze idealerweise ohne den ungeliebten Koalitionspartner Liberal Democrats und mit eigener Mehrheit weiterregieren wollten, Labour mit Ed Miliband genau dies jedoch verhindern und selbst mit eigener Mehrheit die Regierung übernehmen wollte.

Für die Liberal Democrats ging es darum, sich nach dem Wahldesaster bei der Europawahl 2014 zu stabilisieren, um weiter ein relevanter „Königsmacher“ im Parlament bleiben zu können. Die United Kingdom Independence Party (UKIP) hingegen wollte ihren Wahlsieg bei eben dieser Europawahl nun auch in Sitze im Unterhaus ummünzen und die Scottish National Party (SNP) schickte sich an, trotz des im September 2014 verlorenen Referendums in Schottland den seitdem enorm gestiegenen Zustimmungsraten und Mitgliederzahlen nun auch ihre Machtposition im britischen



Hans-Hartwig Blomeier ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Großbritannien.

Unterhaus auszubauen und ggf. selbst zum Mehrheitsbeschaffer in einer Koalition aufzusteigen. Andere Parteien wie die Greens, die walisische Plaid Cymru oder die nordirischen Regionalparteien konnten auch weiterhin auf Grund des britischen Wahlrechts nicht damit rechnen, nennenswerte Zugewinne im Parlament erzielen zu können.

WAHLKAMPF UND UMFRAGEN

Die Umfrageintensität war während des gesamten Wahlkampfes und bis zum Wahltag enorm hoch. Nahezu täglich wurden aktuelle Zahlen von einem oder mehreren der wichtigsten Umfrageinstitute (YouGov, ICM, Lord Ashcroft, ComRes, Ipsos Mori) veröffentlicht, die alle bis zum Wahltag ein *hung parliament*¹ bzw. ein Patt (in einer Bandbreite von 32 bis 35 Prozent) zwischen den beiden großen Parteien (Labour und Conservatives) ohne eigene absolute Mehrheit prognostizierten.

Selbst inmitten der heißen Wahlkampfphase mit an Schärfe zunehmenden Attacken der politischen Gegner, einer ganzen Palette von Wahlversprechen ans (Wahl)Volk, permanenten öffentlichen Inszenierungen der Spitzenkandidaten und einer intensiven Presseberichterstattung verzeichneten die Umfragen keine nennenswerte bzw. dauerhaft belastbare Veränderungen.

Die gelegentlichen Ausreißer, die mal die Conservatives, mal Labour ein paar Tage mit vier bis sechs Prozent vorne sahen (wo dann voreilig über eine Trendwende spekuliert wurde), wurden regelmäßig von der nächsten Umfrage in den Folgetagen wieder eingeholt. Selbst am Tag vor der Wahl blieben diese Prognosen² unverändert, die man sich angesichts des nachfolgenden Wahlergebnisses nochmals in Erinnerung rufen muss: Conservatives 34 Prozent, Labour 34 Prozent, UKIP 12 Prozent, LibDems zehn Prozent, Greens vier Prozent (SNP wurde unter „Sonstige“ erfasst und ist auf nationaler Ebene demzufolge keine relevante prozentuale Größe). Hinsichtlich der Sitzverteilung lagen am Tag vor der Wahl folgende Schätzungen vor: Conservatives – 273, Labour – 268, SNP – 56, UKIP – 2, LibDems – 28, Greens – 1.

- 1 | Der Begriff *hung parliament* bezeichnet die Situation, bei der nach einer Parlamentswahl mit Mehrheitswahlsystem keine Partei eine Mehrheit erreicht.
- 2 | Anthony Wells, „Election 2015 polling: a brief post mortem“, YouGov, 08.05.2015, <https://yougov.co.uk/news/2015/05/08/general-election-opinion-polls-brief-post-mortem> [20.08.2015].

Vor diesem Hintergrund war es verständlich, dass sich die politische Diskussion unmittelbar vor der Wahl ganz auf die Frage konzentrierte, welche Koalitionen oder Bündnisse geschmiedet werden müssten, um eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden bzw. wie stabil eine Regierung ohne Mehrheit im Unterhaus sein würde.

Bei aller im Anschluss an die Wahl auf die Umfrageinstitute einprasselnder Kritik muss allerdings zu deren Verteidigung auch darauf hingewiesen werden, dass das britische nicht-repräsentative Mehrheitswahlrecht komplexe Analysen in allen Wahlkreisen erforderlich macht, um tatsächlich verlässliche Hochrechnungen über die Sitzverteilung zu bekommen, die auf Grund zahlreicher sehr knapper Wahlkreise (*marginal seats*) von hoher Ungewissheit geprägt sind. Hinzu kommt, dass in allen Umfragen bis zum Wahltag der Anteil der unentschlossenen Wähler zwischen 20 und 25 Prozent lag.

Im Mutterland des Wettsports lohnte sich logischerweise auch ein Blick auf die Buchmacher, die beispielsweise das Ergebnis des Schottland-Referendum sehr präzise vorhergesagt hatten und auch beim Vornamen des jüngsten Sprosses des britischen Königshauses (Charlotte Elisabeth Diana) richtig lagen.



Paddy Power – einer der zahlreichen Londoner Buchmacher: Wer vor der Wahl auf eine Mehrheit der Konservativen gewettet hatte, konnte seinen Wahleinsatz verzehnfachen. | Quelle: Ewan Munro, flickr ©©©.

Ladbrokes-Quoten am Tag vor der Wahl zu möglichen Koalitionen sahen eine Labour-Minderheitsregierung (ohne offizielle Koalition aber mit Duldung der SNP) als am wahrscheinlichsten an (2/1, alle folgenden Bruchwettquoten mit Stand 6. Mai 2015), gefolgt von einer Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten (11/4) und einer konservativen Minderheitsregierung (4/1). Als unwahrscheinlicher wurden eine Labour-LibDem-Koalition (8/1), eine konservative Mehrheit (10/1) oder ein offizielles Labour-SNP-Bündnis gesehen (12/1). Die höchste Wettquote erzielte der Fall einer Labour-Mehrheit (33/1) oder einer Koalition der Tories mit UKIP (33/1). Die Option einer großen Koalition wurde von den Buchmachern bezeichnenderweise gar nicht berücksichtigt. Eingefleischte Tory-Fans mit großem Optimismus konnten also ihren Wetteinsatz mit dem Wahlergebnis verzehnfachen.

TV-DUELLE

Mangels öffentlich sichtbarer Wahlwerbung (eine breitflächige Plakatierung fand so gut wie gar nicht statt, der personalisierte Wahlkampf mit Hausbesuchen konzentrierte sich auf die ca. 80 bis 100 knappen Wahlkreise) lag die Hauptaufmerksamkeit auf den TV-Auftritten der Spitzenkandidaten.

Hinsichtlich dieser „TV-Duelle“ einigte man sich nach wochenlangen Diskussionen und gegenseitigen Vorwürfen zwischen Wahlkampf-

teams, Spitzenkandidaten und TV-Sendern auf ein relativ komplexes und vielschichtiges Konzept. Lange hatte sich David Cameron geweigert, ein direktes TV-Duell mit Ed Miliband zu führen. Angesichts seiner Position war dies wahlkampftaktisch durchaus verständlich,

Lange hatte sich Cameron geweigert, ein TV-Duell mit Miliband zu führen. Stattdessen schlug er eine Debatte mit allen Spitzenkandidaten vor, um das direkte Duell zu umgehen.

lag er doch in allen Umfragen hinsichtlich Führungsstärke und persönlicher Autorität weit vor Miliband und hatte von daher wenig Anlass, seinem direkten Kontrahenten eine Plattform zu bieten, um diesen Abstand ggf. zu verkürzen. Sein Vorschlag war auf eine Debatte mit allen sieben Spitzenkandidaten fokussiert (ein denkbar schwerfälliges Format, was aber letztlich auch akzeptiert wurde), um so das direkte Duell zu umgehen. Von Miliband, aber auch Farage (UKIP) wurde ihm deshalb erwartungsgemäß „Feigheit“ und „doppelter Standard“ vorgeworfen (er selbst hatte im Wahlkampf 2010 als Herausforderer vom damaligen Labour Prime Minister Gordon Brown noch gefordert, einem solchen direkten Duell auszuweichen, da die Wähler ein Recht auf eine solche Gegenüberstellung hätten).

Letztlich einigte man sich auf insgesamt vier unterschiedliche Formate:

- 25. März: Auftritt von Cameron und Miliband, jeweils getrennt in einem 20-minütigen Interview mit Jeremy Paxmann und einem ebenso langen „Frage-und-Antwort-Spiel“ mit Studiogästen.
- 2. April: TV-Debatte mit allen sieben Parteiführern: David Cameron, Ed Miliband, Nick Clegg (LibDem), Nigel Farage (UKIP), Nicola Sturgeon (SNP), Leanne Wood (Plaid Cymru) und Natalie Bennet (Greens).
- 16. April: TV Debatte der „Herausforderer“ (Vertreter der Oppositionsparteien SNP, Labour, UKIP, Greens, Plaid Cymru).
- 30. April: Jeweils 30-minütige, getrennte Interviews in der *BBC-Question Time* mit David Cameron, Ed Miliband und Nick Clegg.

Einerseits mag man diese etwas verwirrenden und unterschiedlichen Formate kritisieren und das große direkte TV-Duell vermissen, andererseits spiegelte dies auch die aktuelle politische Lage wider: abnehmende Bedeutung der großen Volksparteien, Fragmentierung der Parteienlandschaft und steigende Bedeutung kleinerer Parteien.

Die erste wirklich nennenswerte und auch medial breit kommentierte Auseinandersetzung fand im Rahmen des ersten TV-Duells am 25. März statt.

Vorangegangene mediale Inszenierungen wie die „Küchenauftritte“³ von Ed Miliband und David Cameron konnten wohl getrost als Wahlkampfeigentore gewertet werden, da an Stelle eines bemühten „down to earth“-Images im Falle Milibands die Erkenntnis übrig blieb, dass er in seinem Wohnhaus zwei Küchen hat (!) und Camerons Aussage, dass er nicht für eine dritte (!) Wahlperiode zur Verfügung stehen würde (und sich Teresa May, George Osborne oder Boris Johnson – in dieser Reihenfolge – als Nachfolger vorstellen könne), für allgemeines Stirnrunzeln sorgte und bei seinem Wahlkampfteam mittleres Entsetzen hervorrief.

3 | Gemeint sind inszenierte TV-Interviews in heimischer, privater Umgebung, bei Miliband in seinem Londoner Haus, bei Cameron in seinem Haus im Wahlkreis Witney in der Grafschaft Oxfordshire.

Das erste „Duell“ vom 25. März hatte einen eindeutigen Sieger: Moderator Jeremy Paxmann, ein Veteran in der britischen TV-Landschaft (25 Jahre lang moderierte er die *BBC Newsnight*). Er „grillte“ beide Kandidaten mit direkten, unbequemen und persönlichen Fragen und ließ beide wie nachfolgend süffisant kommentiert wurde, wie „zwei Schuljungen erscheinen, die beim Rauchen auf der Schultoilette erwischt wurden“.

Unmittelbare Umfragen sahen zwar Cameron am Ende leicht vorne, Miliband hatte jedoch sein Ziel erreicht: er verkürzte zweifelsohne den „Imageabstand“ zu Cameron durch einen souveränen Part vor den Studiogästen und einen durchaus couragierten, wenn auch letztlich nicht wirklich überzeugenden Auftritt Paxmann gegenüber. Er übertraf somit die Erwartungen (bzw. Befürchtungen), wobei hingegen Cameron nervöser als erwartet und weniger souverän war, als sich dies seine Anhänger sicher gewünscht hätten. Paxmann aber setzte seine Nadelstiche dort, wo es am meisten schmerzte: Führungs-Qualitäten von Miliband, soziale Abgehobenheit von Cameron. Wer hingegen inhaltliche Positionierungen oder Klärungen erwartet hatte, wurde enttäuscht, da gab es nur allgemeine Phrasen. „Wir haben einen langfristigen Wirtschaftsplan“ (Cameron) bzw. „Nur wir retten den NHS [das nationale Gesundheitssystem]“ (Miliband).



Zweite TV-Debatte im April 2015: Um die direkte Konfrontation mit Miliband zu vermeiden, warb Cameron im Vorfeld für das Debattenformat mit allen sieben Parteiführern. Doch auch in dieser Konstellation fand Miliband Gelegenheiten, Cameron zu attackieren. | Quelle: © Ken Mckay, picture alliance/dpa.

Am anschaulichsten wurde die „Atomisierung“ der Parteienlandschaft beim zweiten TV-Duell, bei dem sich die Parteiführer von insgesamt sieben Parteien gegenüberstanden: David Cameron (Conservatives), Ed Miliband (Labour), Nigel Farage (UKIP), Nick Clegg (LibDems), Nicola Sturgeon (SNP), Leanne Wood (Plaid Cymru) und Natalie Bennet (Greens).

Während Miliband und Cameron versuchten, sich mit gegenseitigen Attacken als die einzigen „Prime Minister-Kandidaten“ zu profilieren und es zeitweise so aussah, als hätte es Cameron mit sechs Gegnern zu tun (da sein Koalitionspartner Nick Clegg gleich zu Beginn einen Frontalangriff gegen

ihn startete), waren am Ende die drei Frauen in der Runde die heimlichen Siegerinnen: Nicola Sturgeon durch ihre Souveränität und weil sie gemeinsam mit Wood und Bennet Ed

Ganze zwei Stunden quälte man sich durch ein „Frage-und-Antwort-Spiel“, aber einen eindeutigen Sieger gab es nicht.

Miliband von links (für ihn offensichtlich überraschend) attackierte und Natalie Wood, weil sie Nigel Farage wegen einer unsäglichem Aussage zu HIV-Patienten „very british“ zurechtstutzte.⁴ Ganze zwei Stunden quälte man sich durch ein „Frage-und-Antwort-Spiel“, aber einen eindeutigen Sieger gab es nicht. Die nachfolgenden Umfragen hatten für jeden Geschmack etwas dabei.

Beim dritten TV-Duell sah sich hingegen Miliband in der alleinigen Verteidigungsrolle, da er dort gleichermaßen von rechts (Farage) und links (Sturgeon und Woods) attackiert wurde. Beim vierten und letzten Duell schließlich konzentrierte sich das Interesse auf Cameron und Miliband (Clegg spielte nur eine Nebenrolle), wobei Cameron hier noch am ehesten seinen Amtsbonus als Prime Minister ausspielen konnte. Nennenswerte inhaltliche Aussagen jenseits der bis dahin sattsam bekannten Aussagen waren auch hier nicht zu vernehmen.

WAHLPROGRAMME

Den Auftakt mit der Vorstellung der Wahlprogramme machte Labour am Montag, dem 13. April, es folgten Conservatives und Greens am 14. April, UKIP, SNP und Lib Dems legten wenige Tage später nach.

4 | Nigel Farage beklagte während des TV-Duells, dass die Behandlung ausländischer Aids-Patienten 25.000 britische Pfund koste und dass dieses Geld besser britischen Patienten zu Gute kommen solle. Dies kontierte Natalie Wood mit der Bemerkung, er solle sich schämen („you should be ashamed“). *The Guardian*, „The ITV Leaders’ Debate“, http://cdn.theguardian.tv/mainwebsite/2015/04/02/150402HIV_desk.mp4 [17.07.2015].

Die Labour Party stellte ihr 86-seitiges Programm unter den Titel „A better plan – a better future“.⁵ Wirtschaft, Steuern, Gesundheit, Erziehung, innere Sicherheit, Sozialversicherung, Umwelt, Verteidigung, Transport und Außenpolitik waren die Schwerpunktthemen. Besonders markant war hier die Absicht zu spüren, sich als haushaltspolitisch solide und durchaus wirtschaftsfreundlich zu präsentieren.

Bei der Frage der Einheit des Königreichs setzte Labour auf einen Verfassungskonvent, das House of Lords sollte durch einen Senat oder eine Ländervertretung ersetzt und die Dezentralisierung mit einer Stärkung von Städten und Gemeinden vorangetrieben werden. Zur Frage der EU-Mitgliedschaft bekannte sich Labour zwar grundsätzlich zur EU, allerdings gab es auch ein klares Nein zum Euro. Ferner pochte auch Labour auf Reformen in der EU (ohne diese im Detail zu präzisieren). Ein Referendum wurde nur für den Fall befürwortet, dass ein weiterer Transfer von Befugnissen nach Brüssel anstehen sollte.

Schwerpunkte der Konservativen waren Wirtschaft, Jobs und Migration, Gesundheit und Erziehung, innere Sicherheit, Altersversorgung sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Conservatives stellten ihr Wahlprogramm unter den Titel „Strong leadership – a clear economic plan – a brighter, more secure future“.⁶ Schwerpunkte waren hier Wirtschaft, Jobs und Migration, Gesundheit und Erziehung, innere Sicherheit, Altersversorgung sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Auf insgesamt 83 Seiten wurden eine ganze Reihe finanzieller Zusagen und Versprechungen gemacht. Auffallend war hier das Bemühen, nicht nur als wirtschaftsfreundliche Partei dazustehen, die spart und Sozialleistungen kürzt, sondern auch der Unter- und Mittelschicht mit finanziellen und steuerlichen Leistungen vor allem im Wohnungsbau und -erwerb entgegenkommt. Die Parallelen zu Thatchers Wahlkämpfen in den 1980er Jahren waren offensichtlich, der urbritische Mythos des *my home is my castle* sollte offensichtlich wiederbelebt werden.

Zur EU-Mitgliedschaft (erst auf Seite 72) wurde unterstrichen, dass kein Beitritt zur Eurozone geplant sei, dass ein Referendum zur EU-Mitgliedschaft spätestens 2017 durchgeführt werden solle und dass ein Europa als „Familie von Nationalstaaten“ im Kontrast zur „ever closer Union“ angestrebt werde. TTIP wurde

5 | „The Labour Party Manifesto“, 2015, http://b.3cdn.net/labouruk/e1d-45da42456423b8c_vwm6brbvb.pdf [17.07.2015].

6 | „The Conservative Party Manifesto“, 2015, <https://conservatives.com/manifesto> [17.07.2015].

ausdrücklich befürwortet, ebenso eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit der NATO, die Bildung einer Europäischen Armee hingegen klar abgelehnt.

Bei beiden Parteien war deutlich das Bemühen zu erkennen, aus der jeweiligen „ideologischen Ecke“ herauszukommen und zusätzliche Wählerschichten anzusprechen. Der *Guardian* kritisierte dementsprechend, dass sowohl Labour wie auch Tories mit dem Gegenteil von dem anträten, wofür sie eigentlich ständen. Die Titelseite des *Daily Telegraph* vom 14. April macht dies besonders deutlich: „We are the true party of working people“ in Ankündigung des Tory-Wahlprogramms. Und auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kommentierte dementsprechend: „Camerons wundersame Wandlung“⁷ mit Anspielung auf das Wahlprogramm.

Wesentlich distanzierter und entsprechend seriöser kritisierte die *Financial Times*, dass alle Parteien den Wahlkampf an den wahren großen Problemen des Landes, etwa dem enormen Haushaltsdefizit, vorbei führten.⁸

Während also die Tories („It’s the economy, stupid“) und Labour („It’s the NHS, stupid“) um den „richtigen“ inhaltlichen Fokus stritten, war man angesichts der voraussichtlich fehlenden Mehrheiten in Westminster und dem ungebrochenen Aufstiegtrend der schottischen SNP geneigt, beiden entgegenzurufen: „It’s all about Scotland, stupid!“

In Schottland verfügte die SNP inzwischen über mehr als 100.000 aktive Parteimitglieder, die den Straßenwahlkampf hochmotiviert führten und die Wähler direkt und einzeln ansprachen. Hinzu kam mit der schottischen Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon eine enorm positiv wahrgenommene und überzeugende Führungsfigur. Kritik und Probleme schienen an der SNP abzuprallen. Der enorm gesunkene Erdölpreis machte eigentlich das zentrale Referendumsargument der SNP zunichte (wirtschaftliche Autarkie dank Nordseeöl) und ihre alles andere als berauschende Regierungsp performance führte ebenso wenig zu nachlassender Unterstützung.

7 | Vgl. Jochen Buchsteiner, „Camerons wundersame Wandlung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.04.2015, <http://faz.net/-hox-8260q> [17.07.2015].

8 | Vgl. Janan Ganesh, „Good riddance to a carnival of nonsense and futility“, *Financial Times*, 04.05.2015, <http://on.ft.com/1IbUhxs> [17.07.2015].

Mit einer so erstarkten Regionalpartei, die sich (erfolgreich) anschickte, einen Erdrutschsieg einzufahren und deren erklärtes Ziel es war, Schottland aus Großbritannien heraus in die Unabhängigkeit zu führen, bekam diese Unterhauswahl eine Bedeutung, die weit darüber hinaus ging, wer der nächste britische Premierminister werden würde. James Forsyth brachte dies im *Spectator* auf den Punkt: „A Scottish revolution is coming and everyone’s losing their heads.“⁹

ÜBERRASCHENDEN ERGEBNIS

Nachdem wie schon erwähnt alle Umfragen wochenlang und bis zum Tag vor der Wahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Conservatives und Labour vorausgesagt hatten, sorgten zunächst die *exit polls* am Wahlabend um 22.00 Uhr für ungläubiges Staunen,¹⁰ bis dann am Mittag nach der Wahl ein eindeutiger Wahlsieg der Conservatives und David Camerons bestätigt wurde. Eine zwar knappe, aber doch eindeutige Mehrheit im Unterhaus erlaubt es David Cameron, Prime Minister in No.10 Downing Street zu bleiben, ohne dafür einen Koalitionspartner zur Mehrheitsbildung zu benötigen. Alle diesbezüglichen Spekulationen waren damit Makulatur.

Eine zwar knappe, aber doch eindeutige Mehrheit im Unterhaus erlaubt es David Cameron, Prime Minister zu bleiben, ohne dafür einen Koalitionspartner zu benötigen.

Gegen 16 Uhr am Tag nach der Wahl stand das offizielle Endergebnis nach Auszählung aller 650 Wahlkreise¹¹ fest. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,1 Prozent (46,6 Millionen Wähler).

Die Conservatives erzielten demnach rund zwei Millionen Stimmen mehr als Labour und legten gegenüber der Wahl 2010 zwar nur 0,8 Prozent der Stimmen, aber 24 Sitze zu. Labour konnte sogar 1,5 Prozent mehr Stimmen erzielen, verlor aber 26 Sitze. Die LibDems verloren 15,2 Prozent und 49 Sitze, UKIP legte 9,5 Prozent zu, konnte aber nur einen Sitz gewinnen. Die SNP schließlich legte zwar nur 3,1 Prozent der Stimmen zu, bekam aber zusätzlich 50 Sitze.

9 | James Forsyth, „A Scottish revolution is coming, and everyone’s losing their heads“, *The Spectator*, 11.04.2015, <http://spectator.co.uk/columnists/politics/9494592/scottish-revolution> [17.07.2015].

10 | Diese sahen zu diesem Zeitpunkt die Conservatives bereits mit 316 Sitzen vorn, nur knapp unter der erforderlichen Mehrheit von 326 Sitzen, doch erheblich über den vorangegangenen Prognosen

11 | Weitere Details siehe „Election 2015“, *BBC*, <http://bbc.co.uk/news/election/2015> [17.07.2015].

Tabelle 1

**Ergebnisse der Parlamentswahl in Großbritannien
am 7. Mai 2015**

Partei	Sitze	Anteil Stimmen in Prozent	Anzahl Stimmen	Anzahl Sitze, Verän- derung gegenüber der Wahl 2010	Anteil Stimmen in Prozent, Verän- derung gegenüber der Wahl 2010
Conservatives	331	36,9	11.334.576	+24	+0,8
Labour	232	30,4	9.347.304	-26	+1,5
SNP	56	4,7	1.454.436	+50	+3,1
LibDem	8	7,9	2.415.862	-49	-15,2
DUP	8	0,6	184.260	0	0
Sinn Fein	4	0,6	176.232	-1	0
Plyd Cymru	3	0,6	181.704	0	0
SDLP	3	0,3	99.809	0	0
UUP	2	0,4	114.935	+2	0
UKIP	1	12,6	3.881.099	+1	+9,5
Greens	1	3,8	1.157.613	0	+2,8
Sonstige	1	0,5	350.005	-1	-2,4

Quelle: BBC, Fn. 11.

Tabelle 2

Sitzverteilung nach Landesteilen

	England	Wales	Schottland	Nordirland
Gesamtanzahl Sitze	533	40	59	18
Conservatives	319	11	1	0
Labour	206	25	1	0
LibDem	6	1	1	0
SNP	0	0	56	0
UKIP	1	0	0	0
PlydCymru	0	3	0	0
Nordirische Parteien	0	0	0	18
Greens	1	0	0	0

Quelle: BBC, Fn. 11.

Anhand dieser Zahlen wird noch einmal deutlich, welche Verzerrungen das britische Mehrheitswahlrecht mit sich bringt, wenn die eindeutig drittstärkste Kraft nach Wählerstimmen (UKIP) lediglich einen Sitz erhält und die schottische SNP mit knapp fünf Prozent immerhin 56 Sitze erzielt und damit drittstärkste Fraktion wird und erhebliches Gewicht im neuen Parlament bekommt.

Bei dieser Wahl waren jeweils eindeutige Sieger und Verlierer auszumachen: Zu den Wahlsiegern zählen Prime Minister David Cameron selbst und seine Konservativen, die entgegen allen Erwartungen (auch in der eigenen Partei) letztlich einen klaren Wahlsieg einfuhren. Für Cameron war es eine besondere Genugtuung, seinen Makel aus der Wahl 2010 (bei der er keine absolute Mehrheit erzielen konnte) nun überwunden und allen seinen Kritikern (vor allem in der eigenen Partei) „gezeigt“ zu haben, dass er eine Wahl auch „richtig“ gewinnen kann. Aber auch die Abgeordneten der Tories selbst, von denen viele befürchten mussten, ihre knappen Wahlbezirke zu verlieren, zeigten eine nicht erwartete Performance und bauten ihre Fraktion nun sogar um 24 Sitze aus.¹² Zu den Wahlsiegern auf konservativer Seite muss aber auch der australische Wahlkampfmanager Lynton Crosby gezählt werden, dessen Konzept, sich auf die Wirtschaftskompetenz und im Schlussspurt auf die drohende Allianz Labour/SNP zu konzentrieren, offensichtlich aufgegangen ist.

Der zweite eindeutige Wahlsieger ist die schottische SNP und ihre Vorsitzende und Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon. Es gelang ihr nicht nur, die Niederlage beim Referendum im September 2014 mittels eines furiosen und engagierten Wahlkampfes in einen nahezu 100-prozentigen Wahlsieg in Schottland umzuwandeln, sondern auch, die Mitgliederzahlen der SNP explodieren zu lassen und sich selbst zum eigentlichen „shooting star“ des Wahlkampfes zu machen. Ihre koalitionsären Avancen gegenüber Miliband verdeutlichten gerade gegen Ende des Wahlkampfes, welchen Einfluss die SNP in Westminster (dort mit dem ehemaligen First Minister Alex Salmond als streitlustigem Fraktionsführer) im Falle einer aktiven oder passiven Unterstützung einer Labour-Minderheitsregierung auszuüben gedachte – ein Faktor, der Labour im Wahlkampf sicher mehr geschadet als genutzt hat.

12 | Selbst in Schottland konnten die Tories ihren einzigen Wahlbezirk in Dumfriesshire, Clydesdale and Tweeddale gegen die SNP-Übermacht halten.



Vom eindeutigen Wahlausgang waren viele überrascht – auch die berühmteberühmte Yellow Press. | Quelle: Clipp2nd, flickr ©①②.

Einen Wermutstropfen hat dieser Wahlsieg für die SNP allerdings: Die Erwartung, entweder als „Königsmacher“ eine Labour-Regierung vor sich hertreiben zu können oder zumindest als „Königsmörder“ gemeinsam mit Labour eine Minderheitsregierung der Conservatives zu Fall zu bringen, hat sich nicht erfüllt. Der schottische Löwe brüllt nun zwar in Westminster, wie von Alex Salmond angekündigt, mehr aber vorläufig auch nicht.

Sturgeon machte in Interviews am Morgen nach der Wahl auch klar, wie es um die weitere Frage der schottischen Unabhängigkeit bestellt ist: Im Rahmen der Wahlen zum schottischen Parlament 2016 wird die SNP die schottische Unabhängigkeit wieder auf ihre Fahnen schreiben. Wenn die SNP dann wieder eine Mehrheit erzielen sollte (wovon im Moment auszugehen ist), insbesondere aber auch dann, wenn das EU-Referendum in Großbritannien mit einem Votum für einen Austritt enden sollte, wird sie sicher in absehbarer Zeit erneut ein Referendum darüber anstreben.

Auf der Verliererseite stehen vor allem Labour und LibDem, teilweise aber auch UKIP. Die LibDems haben für ihre Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der Koalition aber auch für ein nicht eindeutiges programmatisches Profil einen hohen Preis gezahlt. Von 56 Abgeordneten bei der Wahl 2010 sind noch ganze acht übrig geblieben. Prominente „Opfer“ sind der ehemalige Minister Vince Cable oder auch Danny Alexander (*chief secretary* des Finanzministeriums), die jeweils ihr Abgeordnetenmandat

verloren. Unmittelbare Konsequenz war der Rücktritt des Parteivorsitzenden Nick Clegg, der zwar seinen Sitz halten konnte, aber die parteipolitische Konsequenz aus der Niederlage zog.



Ed Miliband: Als klarer Verlierer trat der Labour-Spitzenkandidat nach der Wahl vom Amt des Parteivorsitzenden zurück. | Quelle: © Lewis Whyld, picture alliance/empics/PA Wire.

Zweiter eindeutiger Verlierer waren Labour und Ed Miliband. Der Verlust nahezu aller Sitze in Schottland (bis auf einen) und zahlreiche Verluste in England gegen konkurrierende Conservative-Abgeordnete besiegelten ein Endergebnis, welches mit 26 Sitzen weniger noch deutlich unter dem Ergebnis von 2010 lag. Angesichts der großen Erwartungshaltung, in einem wie auch immer gearteten Bündnis mit der SNP in die No. 10 Downing Street einzuziehen zu können, war dies besonders schmerzhaft. Persönliche Niederlagen wie die des designierten Schatzkanzlers Ed Balls (gegen die junge Conservative-Abgeordnete Andrea Jenkyns) oder des designierten Außenministers und Labour-Wahlkampfmanagers Douglas Alexander (er verlor klar seinen schottischen Sitz gegen die SNP-Konkurrentin Mhairi Black¹³) verdeutlichen, wie tief diese Niederlage sitzen muss. Auch hier zog Spitzenkandidat und Parteivorsitzender Ed Miliband unmittelbare Konsequenzen und erklärte am Tag der Wahl seinen sofortigen Rücktritt als Parteivorsitzender und verzichtet damit auf die Rolle als Oppositionsführer im Unterhaus.

13 | Die erst 20-jährige Politikstudentin wird damit zur jüngsten Abgeordneten seit 1667.

Schließlich gehört letztlich auch UKIP – gemessen an den eigenen Erwartungen – zu den Wahlverlierern. Nach dem Höhenflug bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 (dort Wahlsieger mit gut 27 Prozent der Stimmen) begann ein kontinuierlicher leichter Sinkflug in den Umfragen, lediglich bei zwei Nachwahlen 2014 unterbrochen, bei denen es gelang, zwei Überläufer aus der konservativen Partei als UKIP-Kandidaten ins Parlament zu wählen (Mark Reckless und Douglas Carswell). Zwar belegte UKIP mit 12,6 Prozent der Stimmen anteilig den dritten Platz und lag in vielen Wahlbezirken in England an zweiter Stelle. Die anvisierten Wahlsiege beispielsweise in Thurrock, Rochester and Stroot und Thanet South konnten jedoch nicht erzielt werden. Lediglich Douglas Carswell behauptete seinen Erfolg bei der Nachwahl und wird als einziger UKIP Abgeordneter ins Parlament einziehen. Mark Reckless hingegen verlor seinen Sitz wieder an seinen konservativen

Gegenkandidaten. Besonders spektakulär war jedoch die Niederlage des UKIP-Parteivorsitzenden und Europaabgeordneten Nigel Farage, der in South Thanet rund 2.800 Stimmen hinter seinem Konkurrenten der Conservatives blieb. Er hatte vor der Wahl noch vollmundig versprochen zurückzutreten, falls dies eintreten sollte. Unmittelbar nach der Wahl erklärte er dann, dass er nun eine Pause machen wolle und man dann bei den nächsten UKIP-Vorstandswahlen im Herbst weitersehen wolle. Zwei Tage später erfolgte dann jedoch der Rücktritt (laut Farage auf massives Drängen zahlreicher Parteimitglieder), was eine erste mittelschwere Führungskrise bei UKIP auslöste. Dennoch kann nicht außer Acht gelassen werden, dass UKIP knapp vier Millionen Wählerstimmen erzielen konnte und sicher vom Wahlsystem benachteiligt wurde. Diese Wählerstimmen gilt es im Hinterkopf zu behalten, wenn es um die Aussichten des anstehenden EU-Referendums geht.

Besonders spektakulär war die Niederlage des UKIP-Parteivorsitzenden und Europaabgeordneten Nigel Farage, der in South Thanet hinter seinem Konkurrenten der Conservatives blieb.

REGIERUNGSBILDUNG UND ERSTE MASSNAHMEN

Befreit von langwierigen Koalitionsverhandlungen stellte Cameron sein neues (und auf vielen Positionen unverändertes) Kabinett vor. Zu erwartende Bestätigungen auf Schlüsselpositionen waren George Osborne (Finanzen), Philipp Hammond (Äußeres), Michael Fallon (Verteidigung) und Theresa May (Inneres). Ebenso aus dem vergangenen Kabinett wurden Iain Duncan Smith (Arbeit und Soziales), Jeremy Hunt (Gesundheit) und Justine Greening (Entwicklungshilfe) übernommen. Wieder im Kabinett ist Michael

Mit Chris Grayling als Leader of the House of Commons und Mark Harper als *chief whip* holte sich Cameron einige Hardliner unter den EU-Skeptikern mit an den Kabinetttisch.

Gove (jetzt Justiz). Beachtenswert erscheinen auch die Beförderungen von Sajid Javid (Wirtschaft), Nicky Morgan (Erziehung), Amber Rudd (Energie und Klima) sowie Liz Truss (Umwelt und ländliche Entwicklung).

Mit Chris Grayling als Leader of the House of Commons und Mark Harper als *chief whip* holte sich Cameron zudem einige Hardliner unter den EU-Skeptikern mit an den Kabinetttisch (und bedingt auch in die Kabinettsdisziplin). Ebenso von Bedeutung für die EU-Debatte sind die Bestätigungen von David Lidington als Europaminister im Auswärtigen Amt (Staatssekretärsrang) und James Brokenshire im Innenministerium als Staatssekretär für Migrationsfragen.¹⁴ Mehr als eine personelle Randnotiz ist die Berufung des noch amtierenden Bürgermeisters von London und frisch gewählten Abgeordneten Boris Johnson in den erweiterten politischen Kabinettszirkel. Dies kann als eine signifikante Geste Camerons an einen seiner potenziellen Nachfolger gewertet werden, zumal damit gerechnet wird, dass Johnson nach Ende seiner Amtszeit als Bürgermeister (Mai 2016) auch ein formales Ministeramt in der Regierung übernehmen könnte.

Der nächste Schritt war die traditionelle Regierungserklärung im Rahmen der Parlamentseröffnung. Diese sehr komprimierte Übersicht der wichtigsten Regierungsvorhaben wird mit höchster protokollarischer Feierlichkeit traditionell vom Staatsoberhaupt, Königin Elisabeth II., vor beiden Kammern des Parlamentes vortragen. Im Rahmen dieser „Queen’s Speech“ wurde am 27. Mai erwartungsgemäß das EU Referendum „bis Ende 2017“ ebenso angekündigt wie der Ausbau des NHS und staatlicher Hilfen bei der Kinderbetreuung und dem Hausbau. Ferner sollen Steuern teilweise gesenkt oder zumindest nicht erhöht und weitere Sozialleistungen gekürzt werden. Dezentralisierung und Subsidiarität sollen ausgebaut werden, wobei nicht nur die Parlamente in Wales, Nordirland und Schottland mehr Autonomie in Planungs- und Budgetangelegenheiten erhalten sollen, sondern auch die großen Städte im Norden Englands (Manchester, Birmingham, Liverpool), die zu einem „Powerhouse“ ausgebaut und so dem Magneten London entgegenwirken sollen.

14 | Eine komplette Liste der wichtigsten Regierungsämter: Prime Minister’s Office, „Election 2015: Prime Minister and ministerial appointments“, 08.05.2015, <http://gov.uk/government/news/election-2015-prime-minister-and-ministerial-appointments> [17.07.2015].

Weitere Schwerpunkte waren die Einwanderungsgesetze und sicherheitspolitische Maßnahmen, aber auch ein klares Votum für eine sichtbarere internationale Rolle Großbritanniens (Russland/Ukraine, Syrien, Libyen, islamistischer Terror).

Camerons erste größere Aktion galt jedoch Europa bzw. der EU-Mitgliedschaft. Eine erste rasche Auslandsreise führte ihn unmittelbar nach Amtsantritt in die Niederlande, nach Frankreich, nach Polen sowie nach Deutschland, wo er jeweils sondierte, wo Widerstände und wo Entgegenkommen für seine europapolitischen Reformen könnten. Viel beachtet wurde auch der Besuch Jean-Claude Junckers noch vor der erwähnten Reise, der von Cameron im ländlichen Gästehaus Checkers empfangen wurde (eine signifikante freundschaftliche Geste nach dem heftigen Widerstand Camerons bei der Wahl Junckers zum Kommissionspräsidenten) sowie vom EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber, der ebenfalls von Cameron empfangen wurde.

Unterstrichen wurde so die Bereitschaft der Regierung Cameron, stärker den Dialog zu suchen¹⁵ und den europäischen Partnern zunächst einmal zuzuhören, auch wenn er dabei beispielsweise aus Polen und Frankreich eher die kalte Schulter gezeigt bekam, während Bundeskanzlerin Merkel erneut konziliante Töne anschlug und ihr schon in London vorgetragenes Credo „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ wiederholte.

Wenig später ergab sich für Cameron beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau erneut die Gelegenheit, mit führenden Staats- und Regierungschefs über seine Anliegen zu diskutieren. Hier war vor allem das klare Statement des amerikanischen Präsidenten Obama bemerkenswert, der schnörkellos einen Verbleib Großbritanniens in der EU als den richtigen Weg beschrieb.

Dieser durchaus neue und vielversprechende Ansatz der britischen EU-Verhandlungen blieb jedoch im eigenen Lager nicht unbeantwortet. 50 der notorischen EU-Kritiker (die so genannten *backbencher*) schlossen sich zu einer neuen fraktionsinternen Gruppe (Conservatives for Britain) zusammen und drohen wie schon in der Vergangenheit (mit der üblichen Unterstützung von breiten Teilen der Presse), gegen jeden aus ihrer Sicht zu zaghaften EU-Reform-Schritt mobil zu machen. Zudem wissen sie um ihre

15 | Bezeichnend dafür der Artikel von Thomas Gutschker, „Prinz Charming auf Europa-Tournee“, *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, 31.05.2015.

Machtposition: die Parlamentsmehrheit ist knapp und kann von dieser Gruppe jederzeit zu Fall gebracht werden. Erste Ansätze waren auch schon im Verlauf der Diskussion des Gesetzesentwurfes zum EU-Referendum zu spüren, wo es um Fragen der Wahlberechtigung (Alter, Nationalität) und auch der Neutralität der Regierung während des Referendums geht. Die *backbencher* pochen darauf, dass letztlich die Wahlberechtigung wie bei der Parlamentswahl gelten soll (über 18 Jahre, keine EU-Bürger) und dass sich die Regierung finanziell in den letzten Wochen nicht an der Kampagne beteiligen soll. Camerons Ankündigung, dass er Kabinettsmitglieder zwingen wolle, sich der Regierungsposition im Referendum zu unterwerfen, zog er denn auch binnen weniger Stunden auf Grund des massiven Protestes aus diesen Reihen wieder zurück.



Gruppenfoto vom G7-Gipfel in Elmau: Cameron (zweiter von rechts) präsentiert sich gern als Politiker mit internationalem Profil, schließt einen EU-Austritt Großbritanniens, den so genannten Brexit, aber nicht kategorisch aus. | Quelle: blu-news.org, flickr ©🇩🇪🇩🇪.

AUSBLICK

Nach dieser Unterhauswahl ist deutlich geworden, dass Großbritannien vor erheblichen Herausforderungen mit ungewissem Ausgang steht.

An erster Stelle wurde klar, dass im britischen Parlamentarismus nicht nur das Parlamentsgebäude in Westminster dringend einer Renovierung bedarf, wie Oxford-Professor Timothy Garton Ash richtigerweise anmerkte.¹⁶ Das Wahlergebnis hat auch gezeigt, dass das praktizierte Mehrheitswahlrecht im Prinzip hinfällig ist, da die schlussendliche Sitzverteilung eklatant von der tatsächlichen Verteilung der Wählerstimmen auf die einzelnen Parteien abweicht. Eine umfassende Wahlrechtsreform bedarf jedoch substanzieller parlamentarischer Mehrheiten und sicher auch der Zustimmung in der Bevölkerung. Beides ist mehr als ungewiss (siehe Wahlrechtsreferendum 2011), von daher wird dies vermutlich keine unmittelbare Priorität haben.

Während die Führungsfrage bei den Conservatives durch den klaren Wahlsieg erst einmal vom Tisch ist, stehen bei Labour und den LibDems im Vorfeld der Parteitage im Herbst

Inbesondere bei Labour ist ein Richtungs- und Führungsstreit entbrannt, der erst nach der Sommerpause entschieden wird.

schwere und umkämpfte Entscheidungen an. Insbesondere bei Labour ist ein Richtungs- und Führungsstreit entbrannt, der erst nach der Sommerpause entschieden wird. Vier Kandidaten streiten hier um den Parteivorsitz: Andy Burnham, Yvette Cooper, Liz Kendall und Jeremy Corbyn.

Als zweites wäre die Frage der Einheit des Vereinigten Königreichs zu nennen. In einem Artikel in der *Financial Times*¹⁷ wird Professor Vernon Bogdanor vom King's College mit dem Hinweis zitiert, dass diese Entwicklung zu „einer wachsenden Differenz zwischen den konstitutionellen und politischen Strukturen früherer Zeiten und der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit der heutigen Zeit“ führt. Wollte man ein Auseinanderbrechen des Vereinigten Königreichs verhindern, müsse man eine neue konstitutionelle Lösung finden, welche die Macht zwischen den vier Nationen des Landes besser verteile. Zu Bogdanors Studenten in Oxford zählte einst auch der junge David Cameron.

16 | Vgl. Timothy Garton Ash, „It is not just parliament's buildings that require extensive renovation“, *The Guardian*, 27.03.2015, <http://gu.com/p/473fb/stw> [17.07.2015].

17 | Philip Stephens, „The End of the British Establishment“, *Financial Times*, 24.02.15, <http://on.ft.com/1WGiiUj> [17.07.2015].

Eben dieser David Cameron machte bereits bei seinen ersten Äußerungen am Morgen nach der Wahl klar, dass dies seine höchste Priorität sei, wobei die mächtige SNP ein harter und kompromissloser Gegner sein wird, der mit maximalen finanziellen und politischen Forderungen die britische Regierung erheblich unter Druck setzen wird. Es ist zu erwarten, dass die versprochenen Zugeständnisse hinsichtlich fiskaler Autonomie umgesetzt werden, vermutlich dann aber auch mit mehr Verantwortung bei der Ausgabenpolitik und Steuererhebung verbunden. Die territoriale Ordnung des Königreichs und die Frage, wie mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein und Bestreben nach Autonomie bzw. Unabhängigkeit politisch und gesellschaftlich umgegangen werden soll, werden eine zentrale, komplexe und alles andere als einfache Aufgabe werden. Ein weiterer Wahlsieg der SNP bei den Regionalwahlen in Schottland 2016 wird dies noch weiter zuspitzen.

Es ist davon auszugehen, dass eine Konsolidierung des Haushaltes oberste Priorität hat, was angesichts der enormen Defizite sicher auch richtig und wichtig ist.

An dritter Stelle ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu nennen. Hier sind weniger Überraschungen zu erwarten. Man kann davon ausgehen, dass die im Wahlprogramm ver-

ankerten Maßnahmen zumindest die Richtschnur für anstehende Entscheidungen sein werden. Es wird also weiter davon ausgehen sein, dass eine Konsolidierung des Haushaltes oberste Priorität hat, was angesichts der enormen Defizite sicher auch richtig und wichtig ist.¹⁸ Das größte Fragezeichen bestand hinsichtlich der im Wahlkampf noch vage angekündigten zwölf Milliarden Haushaltseinsparungen, die Finanzminister Osborne in seinem am 8. Juli im Unterhaus vorgestellten Haushaltsentwurf präziserte. Die „Tory-Handschrift“ bei diesem Haushalt war insofern klar erkennbar, als Steuererleichterungen und -kürzungen sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer deutlich erkennbar waren, aber auch klare Kürzungen von Sozialleistungen angekündigt wurden. Weniger Sozialstaat, mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung war der Grundtenor.

Viertens und letztens muss sich Großbritannien außenpolitisch ebenfalls neu orientieren. Immer deutlicher wird von politischen Beobachtern angemerkt, dass das Vereinigte Königreich sich selbst ins Abseits zu manövrieren droht. Das Kokettieren und Drohen mit dem EU-Austritt, aber auch die Nebenrolle, die

18 | Schatzkanzler George Osborne bestätigte dies im Rahmen seiner traditionellen Mansion House-Rede am 10.06.2015. „Mansion House 2015: Speech by the Chancellor of Exchequer“, <https://gov.uk/government/speeches/mansion-house-2015-speech-by-the-chancellor-of-the-exchequer> [17.07.2015].

Großbritannien in der politischen Auseinandersetzung mit Russland und der Ukraine spielt, sowie die nachlassenden Bindungskräfte an den USA, sind deutliche Zeichen für eine schwindende Bedeutung des Königsreichs.



Nigel Farage: Die Forderung nach dem EU-Austritt Großbritanniens wird das Königreich auch weiterhin beschäftigen. | Quelle: © Jonathan Brady, picture alliance/empics/PA Wire.

Ein Kernelement der Außenpolitik wird die Europapolitik sein. Ein Großbritannien im Herzen Europas, wie zuletzt wieder von John Major im Wahlkampf gefordert, wäre sowohl für Europa wie auch für Großbritannien essenziell. Ob und inwieweit dies auch die Haltung und Überzeugung der zweiten Amtszeit der Regierung Cameron sein wird, bleibt abzuwarten. Grund zum vorsichtigen Optimismus besteht jedoch.

David Cameron ist aus dieser Wahl gestärkt hervorgegangen, er ist eindeutiger Wahlsieger, was ihm die Autorität verleiht, die ihm sein Teilsieg 2010 versagt hat. Damit ist ihm sicher keine hundertprozentige Loyalität in der eigenen Fraktion gewiss und es wird auch sicher seine berüchtigten *backbencher* nicht davon abhalten, ihn immer wieder unter Druck zu setzen, wie sich schon kurze Zeit nach der Wahl abzeichnete. Er hat aber zunächst eine wesentlich stärkere Ausgangsposition und ist nicht auf taktische Manöver angewiesen, wie dies angesichts fehlender eigener Mehrheiten in der Vergangenheit der Fall war. Er wird aber auch stärker als früher auf seine Partei und Fraktion zugehen müssen. Mit der Wahl Mark Harpers zum Fraktionsführers (*chief whip*) und

seiner unmittelbar nach der Wahl erfolgten Begegnung mit dem 1922 Committee (dort sind die EU-Skeptiker konzentriert), hat er deutliche Signale in Richtung mehr innerparteilichen Dialog gesetzt. Die Bereitschaft zur Gefolgschaft ist zunächst größer, dies kann und sollte er nutzen, um seine europapolitischen Ziele vor allem innerparteilich klarer und realistischer abzustecken.

Ein so erstarkter Parteivorsitzender und Prime Minister ist für die Causa EU-Mitgliedschaft zwar keine einfache und keine Erfolgsgarantierende, aber doch eine optimistischer stimmende Option als dies ein schwacher und durch die SNP konditionierter Labour Prime Minister Ed Miliband gewesen wäre.

Großbritannien hat entgegen aller Prognosen ein klares und eindeutiges Wahlergebnis bekommen (dank des Mehrheitswahlrechts), die ungeliebte Koalitionsoption ist vorerst vom Tisch und die Regierung Cameron hat ein eindeutiges Mandat. Eine Wiederwahl 2020 hat er ja im Wahlkampf bereits ausgeschlossen und es liegt nun am ihm, in den nächsten fünf Jahren den Beweis anzutreten, dass er nicht nur überraschend Wahlen gewinnen, sondern auch „den Job erledigen“ kann (*to finish the job*), wie er ein ums andere Mal im Wahlkampf versprach.

Die Befürworter des EU-Verbleibs haben den psychologischen Vorteil, dass sie eine positive YES-Kampagne fahren können.

Das EU-Referendum zur Frage „Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der EU bleiben?“ wird dafür ein wichtiger Meilenstein sein.

Das genaue Datum steht noch nicht fest, viel spricht jedoch dafür, dass dieses bereits im Herbst 2016 stattfinden könnte. Für die Befürworter des EU-Verbleibs hat die so formulierte Frage den psychologischen Vorteil, dass sie eine positive YES-Kampagne fahren können. Beide Seiten werden nun versuchen, emblematische Führungspersönlichkeiten für ihr Anliegen zu gewinnen. Die Wirtschafts- und Finanzwelt in Großbritannien hat sich bereits mehrheitlich eindeutig für einen Verbleib positioniert. Bleibt abzuwarten, was die Regierung weiter vorhat und wie der Spagat gelingen soll, einerseits realisierbare Forderungen (also solche, die keine unmittelbaren Vertragsveränderungen bedingen und von einer substanziellen Anzahl von EU-Mitgliedern mitgetragen werden) in Brüssel und den europäischen Hauptstädten auf den Tisch zu legen und andererseits im eigenen Land diese als substanziell genug zu verkaufen, damit ein glaubwürdiges Eintreten für den Verbleib gelingt. Diese Frage wird die Konservative Partei belasten und innerlich auch spalten, daran besteht kein Zweifel. Ob sie daran zerbricht, ist ebenso ungewiss wie der

Ausgang des Referendums selbst. Und auch bei einem positiven Ausgang, also einem Votum für den Verbleib, wird die Diskussion nicht beendet sein. Die Lehren aus dem Schottland-Referendum sind diesbezüglich eindeutig. Auch der Verlierer kann aus einem substantziellen Votum Kraft und Dynamik ziehen. Hier liegt die Chance für UKIP (ähnlich wie es die SNP in Schottland geschafft hat), sich zum alleinigen politischen Vertreter der NO-Stimmen aufzuschwingen. Knapp vier Millionen Wählerstimmen vom 7. Mai sind dafür eine nicht zu unterschätzende Ausgangsbasis.

Trotz dieser Warnungen und Bedenken bleibt unter dem Strich jedoch ein positives Fazit: Der eindeutige Wahlsieg der Conservatives und Camerons schafft die notwendigen politischen Rahmenbedingungen, um sowohl innen- wie auch außenpolitisch Großbritanniens Rolle im Inland, in Europa und in der Welt neu zu definieren.

Mit seinem eindrucksvollen Wahlsieg im Rücken kann es Cameron bei kluger Verhandlungsführung in Brüssel und den übrigen europäischen Hauptstädten gelingen, seine notorisch ausstiegswilligen *backbencher* im Zaum zu halten und so das Vereinigte Königreich sowohl an einem „Brexit“ vorbeizusteuern als auch im Inneren zusammenzuhalten, da ein Austritt Schottlands aus dem Königreich dann zumindest unwahrscheinlicher würde.

Das Ergebnis der Wahl vom 7. Mai war, so darf man bei aller Vorsicht deshalb schlussfolgern, ein gutes Ergebnis für Großbritannien und kann auch durchaus ein gutes Ergebnis für Europa sein.